

Beschluss Einfügen eines Kapitel "Gutes Leben für Senior*innen"

Gremium: Die GRÜNEN Alten Köln
Beschlussdatum: 05.11.2021
Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm 2022

bisheriger Wortlaut des Absatz (bitte einkopieren)

Einfügen eines neuen Kapitels nach dem Absatz "Wir investieren in Gesundheit und Pflege"

Wahlprogrammewurf: Kapitel:
WP-4: Solidarität sichern
Zeilennummer:
361

...soll ersetzt werden durch...

1 Statt eines eigenen Kapitels für Senior*innen sollen die einzelnen – sehr guten
2 – Forderungen an den jeweils passenden Stellen im Wahlprogramm wie folgt
3 eingefügt werden. Neu eingefügte Stellen sind unterstrichen.

4
5 Kapitel Innovativ Wirtschaften Zeilen 524 ff.

6
7 Digitalisierung vor Ort fördern

8 Digitalisierung passiert direkt vor der Haustür, ob nun in der Straße eine
9 Glasfaserleitung verlegt wird oder die Kommune einen neuen digitalen Service
10 anbietet. Wir beraten und fördern die Kommunen, damit sie die Digitalisierung
11 vor Ort besser gestalten können. Dazu gehören die Förderung für eine digitale
12 Infrastruktur, eine digitale Verwaltung und eine „Green-IT“-Strategie. Dafür
13 schaffen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen auf Landesebene. Damit alle
14 Generationen auf die verbesserte Infrastruktur zurückgreifen können, werden wir
15 speziell für ältere Menschen digitale Angebote verstärken und Bildungsangebote
16 für digitale Medien ausbauen.

17
18 Damit Kommunen intelligent und klimaneutral werden, bringen wir die Konzepte von
19 „Smart City“ und „Zero Emission City“ zusammen und fördern eine schnelle und
20 breite Umsetzung. Um Klima und Menschen zu entlasten, fördern wir mobiles
21 Arbeiten. Wir helfen Kommunen „Co-Working-Spaces“ und Standorte für mobiles
22 Arbeiten aufzubauen und damit unter anderem jungen Gründer*innen flexible
23 Arbeitsumgebungen anbieten zu können. Wir sorgen dafür, dass Homeoffice im
24 öffentlichen Dienst möglich wird, wo immer es geht. Dazu gehören passende
25 Ausstattungen und IT-Strukturen, der rechtliche Rahmen und andere Anpassungen
26 der Verwaltung an die veränderte Arbeitswelt. Wir schaffen neue Räume für
27 Gründer*innen, die sich durch den Strukturwandel in den Kommunen ergeben. Um
28 Gründungen im Bereich der digitalen Wirtschaft besser zu fördern, schaffen wir
29 die richtigen Beratungsstrukturen, bauen die Gründungsförderung an Hochschulen
30 aus und stärken die Startup-Kultur insbesondere im ländlichen Raum.

31
32 Innovativ Wirtschaften Zeilen 544 ff.

33
34 Digitale Ämter – leicht zugänglich

35 Schulanmeldung, Bauantrag, Personalausweis: Wir wollen, dass alle Behördengänge
36 in Zukunft auch digital möglich sind. Die digitalen Dienste und Informationen
37 der öffentlichen Hand machen wir einfach nutzbar und gestalten sie barrierefrei.
38 Je wichtiger das Internet für den Alltag wird, desto wichtiger wird es auch,
39 dass alle einen Zugang dazu haben und dazu in der Lage sind mit der Technik
40 umzugehen. Alle Bevölkerungsgruppen sollen digitale Dienste nutzen und davon
41 profitieren können, barrierearm, leicht verständlich und in verschiedenen
42 Sprachen. Wir sorgen dafür, dass von der Kindertagesstätte bis zur Berufsschule
43 Grundkenntnisse der Informatik sowie Digital-, Medien- und Quellenkompetenz
44 besser vermittelt werden und dazu die Aus- und Weiterbildung auch des
45 Lehrpersonals weiterentwickelt wird. Mit einem Projekt „Digital mobil im Alter“
46 fördern wir die Nutzung digitaler Kommunikations- und Informationstechnologien
47 für ältere Menschen und den Aufbau von Initiativen zur Stärkung der digitalen
48 Teilhabe im Alter. Wichtig ist aber auch vor allem für Senior*innen: Der
49 persönliche Kontakt in Ämtern muss weiterhin möglich bleiben.

50

51 Im Kapitel Solidarität sichern Zeilen 36 ff.

52

53 Armut spürbar reduzieren

54 Kein Geld für die Waschmaschinenreparatur, entscheiden müssen, ob man lieber
55 frisches Gemüse kauft oder sich die Busfahrt leistet – all das verursacht Stress
56 und macht krank. Auf Landesebene können wir die Gründe für Armut nicht restlos
57 beseitigen – für eine gerechte Steuerpolitik und eine Überwindung des Hartz-IV-
58 Systems ist der Bund zuständig. Aber gemeinsam mit den Akteuren aus der
59 Wohlfahrtspflege, den Gewerkschaften und Verbänden, der Wirtschaft, den Kommunen
60 und den Betroffenen wollen wir Armut spürbar reduzieren. Dabei übernehmen wir
61 Verantwortung: Wir sorgen für gute Kinderbetreuung, damit Eltern arbeiten
62 können. Wir unterstützen ehemals Langzeitarbeitslose dabei, wieder dauerhaft in
63 der Arbeitswelt Fuß zu fassen und wir ermöglichen den kostenlosen Zugang zur
64 Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung für alle diejenigen, die Rat suchen.
65 Wir unterstützen auch ältere Menschen und Senior*innen, wieder in Arbeit zu
66 kommen. Gleichzeitig erwarten wir auf Bundesebene eine Rentenpolitik, in der
67 niemand seine Rente aufbessern muss. Vor allem stärken wir den sozialen
68 Wohnungsbau und schaffen bezahlbaren Wohnraum. Viele Menschen sind arm, obwohl
69 sie arbeiten. Deshalb brauchen wir faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen.

70

71

72 Im Kapitel Solidarität sichern Zeilen 132ff:

73

74 Nachbarschaften für alle Generationen

75 Wir unterstützen Kommunen dabei, ihre Stadtteile so umzugestalten, dass sich
76 alle Generationen darin wohl fühlen und hier selbstbestimmt leben können. Grüne
77 Oasen, gute Versorgungsstrukturen und die Möglichkeit, andere Menschen zu
78 treffen, schaffen Lebensqualität. Ältere Menschen und Menschen mit
79 Beeinträchtigungen finden Versorgungssicherheit sowie jeweils die Unterstützung
80 und Beratung, die zu ihrer jeweiligen Situation passt. Beratungsangebote müssen
81 digital und analog angeboten werden. Kinder können sicher spielen, Jugendliche
82 erhalten Gestaltungsräume, Parks sind mit ausreichend Sitzgelegenheiten und
83 öffentlichen Toiletten ausgestattet. Plätze und Grünflächen bieten Raum für
84 Begegnung und Erholung. Barrierefreie Wohnungen, Inklusive Wohnprojekte,
85 Mehrgenerationenwohnen und ambulante Pflegekonzepte – auch für ehemals
86 wohnungslose Personen – werden ausgebaut. Die Nachbarschaft für alle
87 Generationen ist fußgängerfreundlich und barrierearm. Damit die Kommunen diese
88 und weitere Ideen umsetzen können, schaffen wir ein einheitliches Förderprogramm
89 "Quartier inklusiv", das die verschiedenen Bereiche umfasst. Kommunen, die dem
90 WHO-Netzwerk „Age-friendly cities and communities“ (altersgerechte Stadt und
91 altersgerechte Gemeinde) beitreten wollen, werden dabei unterstützt. Dadurch
92 werden Senior*innen im Quartier integriert, was Einsamkeit lindert und auch
93 gesundheitlichen Problemen vorbeugt. Dieses Konzept muss sowohl in Großstädten,
94 als auch im ländlichen Raum Anwendung finden. Wir fördern den Einsatz von
95 technischen und digitalen Hilfsmitteln zum Ausgleich von Beeinträchtigungen und
96 setzen Lots*innen ein, die ältere Menschen befähigen, digitale Kommunikations-
97 und Informationstechnologien zu nutzen.

98

99

100 Im Kapitel Solidarität sichern Zeilen 220 ff.

101

102 Die Arbeit der Zukunft passt zur Lebenssituation Beruf und Lebenssituation müssen
103 zusammenpassen. Wir helfen Unternehmen, familien- und pflegefreundlich zu
104 werden. Betriebskindergärten werden ausgebaut und das Recht auf Homeoffice
105 unterstützt. In dezentralen „Co-Working Spaces“ können die Mitarbeiter*innen
106 einen wohnortnahen Arbeitsplatz außerhalb ihrer eigenen Wohnung einrichten und
107 lange Anfahrtszeiten zum Unternehmen einsparen. Wir unterstützen die Einführung
108 von Lebensarbeitszeitkonten und gehen selbst voran, indem wir sie für
109 Landesbeschäftigte und -beamte umsetzen. Damit kann die Arbeitszeit in allen
110 Lebensphasen angepasst werden, so dass Mitarbeiter*innen zum Beispiel mehr Zeit
111 haben, um ihre Angehörigen zu pflegen. Ausbildung und Studium in Teilzeit
112 erleichtern wir. Viele fitte Senior*innen wollen weiterhin arbeiten, um sich
113 sinnvoll zu betätigen. Dies wollen wir ermöglichen und fördern.

114

115

116 Im Kapitel Solidarität sichern Zeilen 331 ff.

117

118 Gute und bezahlbare Pflege mit besseren Arbeitsbedingungen
119 Gute Pflege gelingt nur mit gutem und ausreichend vorhandenem Personal. Eine
120 angemessene Bezahlung spiegelt den gesellschaftlichen Wert von Pflegearbeit
121 wider. Deshalb benötigen wir wissenschaftlich fundierte, verbindliche
122 Personalbemessungsinstrumente in der stationären Pflege. In NRW verbessern wir
123 die Pflegeausbildung auch dadurch, dass mehr Lehrkräfte die Auszubildenden
124 unterrichten. Zurzeit bauen engagierte Fachkräfte die Pflegekammer auf. Wir
125 werden den Dialog zwischen Pflegekammer, Gewerkschaften, Verbänden und anderen
126 Berufskammern unterstützen.

127

128 Pflege im Alter

129 Selbstbestimmt leben und dennoch gut versorgt sein – das wünschen sich viele
130 Menschen im Alter. Der Bedarf geht von einfacher Freizeitbegleitung über die
131 häusliche Pflege bis hin zur stationären Pflege. Alle diese Aspekte sind wichtig
132 und müssen entsprechend finanziert sein. Eine gute häusliche Pflege ermöglicht
133 es Senior*innen länger in ihrem gewohnten Umfeld leben zu bleiben und Kontakte
134 in der Nachbarschaft zu halten. In der häuslichen Pflege sind oft die
135 Angehörigen, meist die Frauen, gefordert. Das ist oft körperlich und psychisch
136 belastend. Um hier gegenzusteuern, brauchen wir mehr wohnortnahe ambulante
137 Pflegeangebote. Zur Prävention sollen Senior*innen außerdem Angebote in den
138 Quartieren vorfinden, zum Beispiel von „Fit für 100“. Bisher orientiert sich das
139 Angebot an Pflegeplätzen stark am Interesse von Investoren. Deren Großheime
140 sollen Rendite bringen. Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Städte und
141 Kreise ihre Pflegeinfrastruktur mit der „verbindlichen Pflegebedarfsplanung“ im
142 Interesse der Bevölkerung gestalten. Von der Bundesebene erwarten wir eine
143 „doppelte Pflegegarantie“: Der Eigenanteil der Pflegekosten wird gedeckelt und
144 dadurch planbar. Alle darüber hinaus entstehenden Pflegekosten für eine
145 bedarfsgerechte Versorgung übernimmt die Pflegeversicherung.

Begründung

Warum wollen wir ein eigenes Kapitel?

Zum Einem möchten wir damit die Senior*innen motivieren, ihre Stimmen für uns anzukreuzen.

Um Anderen muss daher eine zielorientierte Ansprache geben.

Zum Dritten müssen im Programm Aussagen enthalten sein, die auf die Sorgen und Interesse der Alten eine Motivation zu erzeugen, dass sie uns wählen.

Das ist aber in den Programmen von 2017 und dem Entwurf für 2021 nicht der Fall. Daher haben wir für 2022 als GRÜNE Alte einen Entwurf erstellt, der diese Punkte auf den Punkt bringt.

Zum Vierten haben wir beide Texte in Hinsicht auf Aussagen durchgesehen - mit der Suchfunktion. Dort kann man feststellen, dass eine Erwähnung bei den beiden Texten sehr verstreut sind und dass sie kaum für Senior*innen auffindbar sind. Und sie sind nicht spezifisch aus der Perspektive der Alten zugeschnitten sind. Es ist daher kein Wunder, dass es kein entsprechendes Kapitel für die Alten gibt. Und der kurze Text zu den Alten geht auf unsere Interessen nicht ein. Und im neuen Entwurf gibt es im Inhaltsverzeichnis gar nichts, was die den Senior*innen ansprechen kann. Und - wie gesagt - auch ohnehin bei beiden Texten nichts Substanzielles es für die Alten gibt - sieht man ein al von den guten Hinweisen zu dem Bereich des Digitalen gibt, auf den wir in unserem Text uns haben stützen können.

Unterstützer*innen

Tanja Deiters (KV Köln); Christiane Klingenburg; Wiebke Mandt; Leon Schlömer; Friederike Scholz; Jutta Piepenbring; Herbert Clasen; Bärbel Hölzing; Phi Burghardt (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Annette Kolschewski (KV Köln); Martino Saviano (KV Köln); Emanuel Bruckisch (KV Köln); Kornelia von Pidoll (KV Köln); Jochen Schremmer (KV Köln); Luca Mehlig (KV Köln); Roland Schwarz (KV Köln); Inge Fuhrmann (KV Köln); Anke Niggemann; Alexander Volk (KV Köln); Kathrin Cremer; Brigitta von Bülow (KV Köln); Sascha Heußén (KV Köln); Friedrich Steinförth (KV Köln); Malte Braun (KV Köln); Simon-Luca Papendorf (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Teresa Vegas Condines (KV Köln); Valery Kuznetsov (KV Köln); Ralf Klemm (KV Köln); Zsuzsanna Bona (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Rebecca Eidens (KV Köln); Ute Ackermann (KV Köln); Daria Plotnikov (KV Köln); Mario Schiffer (KV Köln); Lothar Segeler (KV Köln); Heike Kueper; Marc Kersten (KV Köln); Susanne Böller (KV Köln); Martin Esch (KV Köln); Clara Leisten (KV Köln); Daniel Bauer-Dahm (KV Köln); Thomas Grothkopp (KV Köln); Evelyn Rose-Thalheim; Jonas Kempe (KV Köln); Æther Flachmann (KV Köln); Zoey Winter (KV Köln); Niklas Melcher (KV Köln); Felix Hüskes (KV Köln); Sandra Schneeloch (KV Köln); Nadine Milde (KV Köln)